

Julian Nida-Rümelin

Der Text ist völlig überdimensioniert

Der *Bremer Entwurf* für ein neues Grundsatzzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Januar diesen Jahres ist zweifellos eine gelungene Vorlage für die programmatische Erneuerung der SPD. Wie viele, so habe auch ich Kritik an der einen oder anderen Positionierung, und es wird im Laufe der nächsten Wochen und Monate noch Gelegenheit zur Klärung geben. Das ist erwünscht, denn nur so kann sich die deutsche Sozialdemokratie nach sieben Jahren sozialdemokratischer Kanzlerschaft über die Ausgangslage und die langfristigen Zielsetzungen sozialdemokratischer Politik verständigen. Manche Kritiker vermissen Konkretisierungen, andere empfinden bestimmte Festlegungen als zu wenig differenziert, andere wünschen deutlichere Akzentuierungen jetzt eher randständiger Passagen. Wenn auch nur wenig davon aufgenommen wird, ist zu erwarten, dass der Text an Umfang und Differenziertheit weiter zunehmen wird. Ich will mich hier jeden inhaltlichen Kommentars enthalten, aber eine Anmerkung zur angemessenen Form des neuen Grundsatzzprogramms machen.

Ein Grundsatzzprogramm soll zwei Zwecke erfüllen: Es soll der Praxis sozialdemokratischer Politik eine langfristige Orientierung geben. Abgesehen vom *Berliner Programm* (beschlossen 1989) beträgt die Zeitspanne, bis ein neues Grundsatzzprogramm beschlossen wird, etwa 30 Jahre. Wir sollten die – historisch ohnehin auf schwachen Füßen stehende – These der zunehmenden Schnelllebigkeit nicht missbrauchen, um Grundsatzzprogramme zu lediglich mittelfristigen, gewissermaßen nur vorläufigen Orientierungstexten herabzustufen. Wichtige programmatische Äußerungen, deren Verfallsdatum aber in naher Zukunft

liegt, gehören daher nicht in ein Grundsatzzprogramm. Der *Bremer Entwurf* enthält eine Vielzahl von Zeitbezügen, die den Text rasch veralten lassen würden. Die Lektüre eines Textes, der zu Fragestellungen Position bezieht, die als längst überholt gelten, ist jedoch nur von historischem Interesse. Die Form des neuen Grundsatzzprogramms muss sicherstellen, dass eine solche rasche Historisierung nicht eintreten wird.

Ein Grundsatzzprogramm hat zudem die Aufgabe, unterschiedliche Politikbereiche normativ kohärent zu machen, d.h. die leitenden Normen und Werte sowie die zentralen Elemente der politischen Realität so zu erfassen, dass sich aus den Einzelteilen ein komplexes, aber in sich schlüssiges Ganzes ergibt. Diese zweite Bedingung der guten Form eines Grundsatzzprogramms ist im *Bremer Entwurf* nur teilweise erfüllt. Dies beginnt bei der Terminologie. Die programmatischen Zielsetzungen werden teilweise in der »Wir«-Form vorgetragen, teilweise hinter analytischen Beschreibungen versteckt. Selbst die Charakterisierung, einmal als »Soziale Demokratie«, einmal als »Demokratischer Sozialismus« – merkwürdigerweise nie als »sozialdemokratisch« – wird nicht konsequent durchgehalten. Ich schlage vor, dass das, was in diesem Grundsatzzprogramm geschrieben wird, die Werte, Normen und Erfahrungen der Sozialdemokratie sind. Entsprechend handelt es sich um sozialdemokratische Normen, sozialdemokratische Werte und sozialdemokratische Erfahrungen. Die betreffende politische Bewegung hat den Namen »Sozialdemokratie«. Diese Bewegung ist vor allem dadurch charakterisiert, dass sie eine Demokratie ohne sozialstaatliche und generell solidarische Praxis für unvollständig hält. Sie erstrebt also eine im umfassenden Sin-

ne verstandene »Soziale Demokratie«. Diese beruht auf einem Verständnis von (sozialer) Gerechtigkeit, in dem die drei Grundwerte der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität in einem ausgewogenen und wechselseitig bedingten Verhältnis zueinander stehen. Diese Werte-Orientierung, die im zweiten Kapitel des *Bremer Entwurfes* ausgeführt wird und die lediglich terminologisch etwas zu glätten ist, sollte sich dann in der konkreten Anwendung auf einzelne Politikbereiche konsequent fortsetzen. Dies würde die innere Stimmigkeit und die Wiedererkennbarkeit verbessern.

Das vielleicht Wichtigste ist aber das zugleich Banalste: Der Text ist nicht lediglich um einige Seiten zu lang, er ist völlig überdimensioniert. Wir sollten aus den Erfahrungen des *Berliner Programms* lernen. Die Diskussion bis zum Beschluss auf dem Berliner Parteitag war vorbildlich, sie erstreckte sich über mehrere Jahre und wurde intensiv geführt. Im Augenblick des Beschlusses aber verschwand dieser Entwurf in den Schubladen und spielte ab da keine wesentliche Rolle mehr. Das entwertet zwar den Diskussionsprozess seit Mitte der 80er Jahre bis zum Berliner Parteitag keineswegs. Im Gegenteil, hier wurden wohl die Grundlagen für den späteren Erfolg der SPD sowohl in den Ländern, auch im Bund gelegt. Und auch die Wunden, die die Konflikte aus der Ära Helmut Schmidt gerissen hatten, konnten verheilen, da sich alle wesentlichen Strömungen der Sozialdemokratie in den programmatischen Festlegungen wiederfanden. Aber einem 19-Jährigen Abiturienten, der erwägt, in die SPD einzutreten, kann man das *Berliner Programm* nicht in die Hand drücken, ebenso wenig einer 29-Jährigen IT-Spezialistin, einem 39-Jährigen Automechaniker oder einer 49-Jährigen Einzelhandelskauffrau. Für einen Teil der aktiven und an grundlegenden Fragen interessierten Mitgliedschaft sind Texte der Form, wie

sie das *Berliner Programm* aufweist, interessant und sinnvoll. Aber Grundsatzprogramme haben eine weiterreichende Aufgabe. Man sollte sich die Testfrage vorlegen: Hat der Text eine Form, die ihn geeignet macht, jemandem, der sich mit dem Gedanken trägt, der SPD beizutreten, von der Richtigkeit dieses Schrittes zu überzeugen? Dies verlangt nach kompakten und klaren programmatischen Festlegungen, aber nicht nach der Klärung vieler Detailfragen. Man sollte wieder zu der Praxis zurückkehren, das jeweils gültige Parteiprogramm im Parteibuch abzu drucken. Die damit einhergehende Umfangsbeschränkung scheint mir sinnvoll zu sein.

Ein solcher radikaler Schritt zu einem genuinen Grundsatzprogramm, das kompakt, langfristig angelegt und in sich schlüssig ist und sozialdemokratischer Politik Orientierung bietet, könnte ohne jeden Verlust an programmatischer Differenzierung realisiert werden. Ein Text, der in Umfang und Differenzierung mindestens dem *Bremer Entwurf* entspricht, könnte auf dem Programm-Parteitag zusammen mit dem kompakten neuen Grundsatzprogramm als weitergehende programmatische Orientierung beschlossen werden. Damit gäbe es drei Ebenen der programmatischen Klärung: Das (kompakte) Grundsatzprogramm etwa im Umfang des *Godesberger Programms*, die Langfassung von maximal hundert Manuskriptseiten und die Materialienbände zur Programmdebatte, von denen zwei schon erschienen sind. Es wäre damit nichts verloren, aber viel gewonnen.



Julian Nida-Rümelin (*1954) ist Mitglied der Grundwertekommission und war Leiter der Programmkommission München und Südbayern in den Jahren 1985-1989. Sekretariat.Nida-Ruemelin@lrz-uni-muenchen.de